Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen außerhalb Berlins: Bonn: H. Cohen. — Bremen: E. Schlette, Wilh. Schaller. — Breslau: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordtaer, Adolf Steiner, William Wilkens. — Cassel: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frese. — München: C. Marxwald. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris. Für Italien: Haasenstein & Vogler, Mailand. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 62. **[37. Jahrgang.]** **Berlin, Dienstag den 15. März 1898.** **[37. Jahrgang.]** **Nr. 62.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **4 Mark**, **für das Königr. Rußland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Expeditionen** und die **Expedition, Wilhelmstraße 32,** Abonnements zum Preise von **4 Mark** vierteljährlich, sowie die **Post-Expeditionen** von **4 Mark 40 Pf.** incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfspaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitig Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden.

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3348.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, den 14. März.

In der spanischen Presse ist von hier aus die Meldung verbreitet worden, Se. Majestät der Kaiser habe bei einem Familien-Diner, das der Ihrer königlichen Hoheit der Frau Prinzessin Heinrich von Preußen stattzufinden hätte, eine Aeußerung gethan, die auf eine ihnen **feindselige Deutschlands in der kubanischen Verwickelung** schließen lassen würde.

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese ganze Erzählung auf Erfindung beruht.

Es wird uns bestätigt, daß sofort nach dem Eintreffen der Nachricht von dem völligen Abschlusse des deutsch-chinesischen Vertrages auf telegraphischem Wege von Sr. Majestät dem Kaiser der Befehl ergangen ist, unverzüglich alle Besatzungen aus der sogenannten neutralen Zone von Niautschau im Durchmesser von 50 Kilom. des Hinterlandes zurückzuziehen. Das letztere ist demnach wieder den Chinesen übergeben mit der Maßgabe, daß China in der erwähnten Zone ohne Zustimmung der deutschen Behörden keine Anordnungen trifft.

Auf der Werft des „Vulkan" in Stettin fand, wie schon kurz gemeldet, am Sonnabend der Stapellauf des Kreuzers **„Hansa"** statt. Die von dem zweiten Bürgermeister Hamburgs, Dr. Mönckeberg, gehaltene Taufrede hatte folgenden Wortlaut:

Von Sr. Majestät dem Kaiser ist mir der ehrenvolle Auftrag ertheilt worden, in Vertretung des Senats der freien und Hansestadt Hamburg an dem stattlichen Schiffe, das hier vor uns liegt, den feierlichen Taufakt zu vollziehen.

Ein Hamburger Bürgermeister — hier in Stettin, einer Stadt, die Jahrhunderte lang der Hansebunde angehörte in dem Stapellauf eines deutschen Kriegsschiffes, wie sollten sich da die Gedanken nicht auf jene längst vergangene Zeit der deutschen Geschichte richten, als der Städtebund der Hansa die Seemacht Deutschlands repräsentirte, als die Schiffe der Hansa die Niederlassungen der deutschen Kaufleute an überseeischen Plätzen beschützten, die deutschen Küsten gegen Angriffe aller Art vertheidigten und mehr als einmal für das gute Recht und die Ehre ihrer Landsleute hinauszogen, um in offener Seeschlacht den Flotten mächtiger Könige Trotz zu bieten. Damals konnten Kaiser und Reich den deutschen Kaufleuten und Seefahrern weder Hülfe noch Schutz gewähren. Der Städtebund der Hansa war allein auf die eigene Kraft angewiesen und er mußte schließlich unterliegen im ungleichen Kampfe mit den mehr und mehr erstarkenden Seemächten im Westen und Nordosten Europas. Wie ganz anders liegen die Verhältnisse heute! Das neue Deutsche Reich ist zu der Erkenntniß gelangt, daß es für die Wohlfahrt und das Gedeihen der gesammten Bevölkerung unumgänglich nothwendig ist, daß Deutschland in einer seiner Größe und Bedeutung entsprechenden Weise Adel wahre an dem immer großartiger sich entwickelnden internationalen Verkehr auf der ganzen Erde, und daß eine achtunggebietende Stellung im Weltverkehr auf die Dauer sich nur behaupten läßt, wenn Deutschland auch zur See mächtig genug ist, um die Interessen seiner Angehörigen überall kräftig zu schützen und den friedlichen Handel, wenn es sein muß, mit der waffenfester Hand den gebührenden Nachdruck zu verleihen. Auf dieser Erkenntniß, welche heute ein Gemeingut der Nation geworden ist, beruht die Nothwendigkeit einer starken deutschen Flotte. Daher begrüßen wir es mit Jubelchor Zustimmung, wenn die deutsche Flotte jetzt so ausgestaltet werden soll, daß sie allen Anforderungen, die an sie gestellt werden müssen, zu jeder Zeit gewachsen sein wird. Mit besonderer Freude aber erkennen wir Hansestädter es dankbar an, daß Se. Majestät der Kaiser gerade in jetziger Zeit auch der Bedeutung des alten Hansebundes für die deutsche Seemacht gedacht und bestimmt haben, daß dem stattlichen Schiffe, das heute vom Stapel laufen soll, der Name „Hansa" gegeben werde. Es soll heißen: „Hansa" genannt, Du schönes, stolzes Schiff, und wo immer auf Erden die deutsche Flagge von Deinem Maste wehen wird, da mache Deinem Namen Ehre!

Und der allmächtige Gott halte seine schirmende Hand über Dir und über allen, die mit Dir in Deinem des Vaterlandes hinausziehen! Wir aber wollen einstimmen in den Ruf, der auf diesem Schiffe vom ersten bis zum letzten Tage mit Begeisterung erschallen soll: Unser Deutscher Kaiser, Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. Hurrah!"

Nach dem Stapellauf folgte ein gemeinsames Frühstück, bei welchem Kontreadmiral Büchsel, als erster Redner der vor 24 Jahren erbauten alten „Hansa" gedenkend, ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser ausbrachte. Bürgermeister Dr. Mönckeberg toastete auf das kaiserliche Marine. Geh. Rath Schulz von „Vulkan" auf den Vorredner und Direktor Stahl auf den als Vertreter des Staatssekretairs im Reichs-Marineamt erschienenen Kontreadmiral Büchsel.

Dem Senat der Stadt Lübeck ist am Sonnabend von dem Staatssekretair des Marineamts, Admiral Tirpitz, folgendes Telegramm zugegangen:

Der soeben auf der Werft des „Vulkan" vom Stapel gelassene Kreuzer hat auf Allerhöchsten Befehl den Namen „Danzig" erhalten. Die gesammte Marine ist stolz darauf, daß eines ihrer neuen Schiffe wiederum den ruhmvollen Namen führt, welcher den innigen Beziehungen unserer Kriegsflotte zu den Hansastädten Ausdruck giebt."

Der Senat antwortete mit einem Dankestelegramm.

Spanische Dinge.

Mit dem Ausdruck Cosas de Espanna pflegt bekanntlich der Spanier für die „berechtigten Eigenthümlichkeiten" seines Landes und seines Volkes Immunität zu beanspruchen gegenüber dem tritischen Urtheil des Ausländers. Die Volksmeinung des Auslandes hat diese Anschauungsweise, wenigstens in Deutschland, gewissermaßen ratifizirt, indem sie einer Menge fremdenden, uns nicht ganz verständlichen Erscheinung gegenüber sagen: das kommt uns spanisch vor. In gegenwärtigen Augenblick müßten wir aber eigentlich die Redensart auf Amerika ausdehnen. Denn offenbar ist auf die Nachrichten, die über kubanische Angelegenheiten aus New-York aber Washington einlaufen, ebenso wenig der „europäische" Maßstab anwendbar, wie auf die spanischen. Bis auf Weiteres bleibt uns nur übrig, den Lesern die Nachrichten vorzulegen so wie sie einlaufen, und zur Orientirung jedesmal die Quelle anzugeben. Wenigstens die direkten Widersprüche würden in der Verschiedenheit des Herkunftsortes ihre Erklärung finden.

Wie aus Washington vom Sonnabend gemeldet wird, haben sich der neue spanische Gesandte Bernabe und die Mitglieder der spanischen Gesandtschaft an diesem Tage nach dem Weißen Hause begeben und wurden von dem Staatssekretair Sherman dem Präsidenten Mac Kinley vorgestellt. Die Worte des Gesandten und die Antwort des Präsidenten waren sehr herzlich.

Am selben Tage fand in Washington eine Besprechung statt, an welcher der Präsident Mac Kinley und die Staatssekretaire des Krieges, der Marine und des Schatzes theilnahmen. Nach dieser Konferenz ist die nachdrückliche Erklärung erfolgt, daß die Regierung bis jetzt durchaus ohne Kenntniß der Ursache des Marine-Unglücks sei und seinen Bericht irgend welcher Art von dem Untersuchungsausschusse oder irgend Jemand mit diesem im Zusammenhange Stehenden erhalten habe.

Die in Lissabon liegenden Kriegsschiffe „Bancroft" und „Helena" haben darauf Segelbefehl nach Key-West erhalten.

Aus der Erklärung der nordamerikanischen Regierung läßt sich objektiv der Schluß ziehen, daß dadurch kundgegeben werden soll, daß für die Deutung des Unfalls noch jede Möglichkeit offen stehe.

Was nun die Spanier betrifft, so schreibt der Madrider „Imparcial", die Regierung erwarte das Einlaufen des Berichtes der spanischen Kommission zur Feststellung der Ursachen des „Maine"-Unfalles; der Bericht halte die Ansicht aufrecht, daß die Explosion von innen erfolgt sei. Das Blatt fügt hinzu, wenn auch der nach Washington gesandte Bericht der amerikanischen Kommission ein anderes Ergebniß enthalten werde, so werde doch der Inhalt des Berichtes der spanischen Kommission von der spanischen Regierung mit aller Energie aufrecht gehalten werden. Die „Times" meldet aus Havana vom gestrigen Tage, daß die spanische Kommission zur Untersuchung des „Maine"-Unfalles soeben ihre Arbeiten beendet habe.

Die „Correspondencia de Espanna" meldet aus New-York, der amerikanische Bericht, betreffend die Untersuchung über die Explosion auf der „Maine", werde, wie verlaute, das Unglück einer äußeren Ursache zuschreiben, ohne indessen Spanien als mitschuldig erscheinen zu lassen. Die Regierung werde die Vorlegung des Berichtes im Repräsentantenhause benutzen, um gegen Spanien die Forderung einer Entschädigung zu erheben, welche binnen zwei Wochen gezahlt werden solle. Dann werde die Regierung, da sie Spanien für außer Stande halte, die Interessen der Angehörigen fremder Staaten auf Kuba zu schützen, Spanien den Vorschlag machen, gegen eine Entschädigung Kuba die Unabhängigkeit zu gewähren.

Darauf antwortet nun in Madrid die offiziöse „Agencia Fabra": „Es sind auf Kuba 82 000 bewaffnete Freiwillige vorhanden, die bereit sind, die spanische Souveränetät zum Aeußersten zu vertheidigen. Spanien wird keinen Krieg provoziren, aber wenn es herausgefordert wird, wird es nicht allein sein. Spanien würde nicht nöthig haben, amerikanisches Gebiet anzugreifen; es würde ein Krieg mit 8 Kriegsschiffen genügen, um den amerikanischen Handel zu Grunde richten würde. Die gesunde Vernunft räth zum Frieden."

Demnach wollen wir denn hoffen, daß die gesunde Vernunft mit ihrem guten Rathe obsiegt.

* * *

Die Drohung, den amerikanischen Handel eventuell mit Kaperschiffen zu Grunde zu richten, erscheint nicht zum ersten Mal. Die spanische Presse hat sie des Oefteren gebraucht, und schon vor einigen Tagen wurde aus Madrid berichtet: „In aller Stille wird eine zahlreiche Kapersflotte ausgerüstet, die im Kriegsfalle auf die amerikanischen Handelsschiffe Jagd machen soll, während die spanische Kriegsflotte die Küsten der Union zu blockiren hätte."

Nach den statistischen Ausweisen von 1897 besteht die spanische Flotte aus 11 gepanzerten Fahrzeugen; als ungepanzert sind 18 Kreuzer, 10 Torpedo-Fahrzeuge, 4 Kanonenboote (zweiter Klasse) angeführt. Dazu kommen noch 30 Kanonenboote (dritter Klasse), 41 Kanonenboote (dritter Klasse), 2 Torpedozerstörer und 20 Torpedoboote (erster Klasse). Die Nationalflotte zählt 83 Fahrzeuge, worunter 3 Panzerschiffe (die in die Luft gesprengte „Maine" war das sechste), 2 geschützte, 13 gedeckte, 8 Schiffskreuzer, 19 Thurmschiffe zur Küstenvertheidigung, 13 alte Kreuzer (in Eisen und Holz), 16 Kanonenboote, 7 Torpedoboote. Im Bau sind: 5 Panzerschiffe (erster Klasse), 1 Kanonenboot und 14 Torpedoboote, worunter ein unterseeisches. Im Bau befindet sich auf den Werften der Vereinigten Staaten vor zwei Jahren 31 Schnellbampfer der Handelsflotte für den Kriegsfall als Hülfskreuzer eintragen lassen. Es ist Thatsache, daß Spanien, das der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856, welche die Kaperei verbietet, nicht beigetreten ist, das Hauptaugenmerk darauf richten, den amerikanischen Handel zu schädigen.

* * *

Ueber die Stimmung in Madrid wird der „Köln. Ztg." in einem allerdings schon vom 7. d. Mts. datirten Brief geschrieben: Gestern bemächtigte sich der hiesigen Börse auf die Nachrichten von dem Kurssturz der spanischen Renten in Paris und London ein großer Schrecken. Während alle Kurse sanken, stieg das Goldaufgeld auf 36 pCt. Der Finanzminister erklärt natürlich, daß für diesen Rückgang der Werthe gar kein vernünftiger Grund vorliege; der Panik habe keinerwegs den Aufständischen seine Sympathieen zugewandt, wie behauptet worden sei, sondern liebe im Gegentheil auf Seiten Spaniens; die Haltung der Bevölkerung sei Cubanien sei korrekt; die beiden Regierungen thäten ihr Möglichstes, um einem Zwist entgegenzuarbeiten; die Nachrichten über die aus im Osten Kubas beginnenden Operationen lauteten außerordentlich günstig; der Feind werde überall mit großem Verlust ins Gebirge zurückgedrängt und die spanischen Truppen nähmen Punkte ein, die seit Beginn des Aufstandes im Besitz der Gegner gewesen seien u. s. w. Doch scheinen alle diese Ermunterungen auf das ängstlich gewordene Gemüth der Spanier keinen Eindruck zu machen. In der That sind die fortgesetzten Rüstungen in den Vereinigten Staaten, die Erregung der öffentlichen Meinung durch die Kriegspartei, die Stationirung des auf Schiffen bestehenden Panzergeschwaders in Hampton zu einer etwaigen Bedrohung Manillas nicht dazu angethan, die Gemüther zu beruhigen. Die Geschäftswelt sagt sich eben: es mögen keine Gründe für die Beunruhigung vorliegen; thatsächlich werden aber auf beiden Seiten alle Maßregeln getroffen, als ob es in nächster Zeit losgehen sollte. Es lange Ich hat sich nicht gebessert. Die Krise wird wiederkehren. Möglicherweise beginnt man in Paris und London auch zu fürchten, daß Spanien an der Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt sei, und darin mag man, wenigstens, was die Regierung der Staatsschuld anbelangt, nicht ganz Unrecht haben. Jedenfalls zwingt die Lage den Beobachter zu schärfstem Wachsamkeit. Ganz im Gegensatz dazu thut die große Masse hier so, als ob sie die drohenden Gefahren nicht bemerkte. Stiergefechte, Theaterpremieren, Verlobungsanzeigen füllen mit großer Ausführlichkeit die Zeitungen, als ob es absolut keine und solche Tausende von Kilometern entfernte Dinge wären, wie die Vorgänge in Cuba. Sevilla wird z. B. der ganze nächste Monat ein großes Fest sein. Es steht satt so aus, als ob man sich herauschen wollte, um all das Unglück und Leid zu vergessen. Aber wie wird morgen das Erwachen sein?

Der verfassungstreue Großgrundbesitz in Böhmen.

Ein Kommuniqué über die am Sonnabend in Prag abgehaltene Berathung des Wahlkomitées des verfassungstreuen Großgrundbesitzes in Böhmen enthält folgende Punkte: Das Komité nimmt zur Kenntniß, daß die Ernennung des Grafen Bänneritheres in das Kabinet lediglich unter den Voraussetzungen erfolgt sei, daß die strenge Verfassungsmäßigkeit unserer Zustände bleibe, daß kein berechtigtes Interesse der Deutschen verletzt werde, und daß der verfassungstreue Großgrundbesitz im Reichsrath sich eine vollständige Selbstständigkeit vorbehalte. Das Komité erwartet, daß die Abgeordneten, wie bisher, für die Verfassung, sowie für das Wahl und die Sicherheit des Deutschthums wirken und sie vertreten, daß sie Deutsche sind und bleiben in des Wortes ältester, schlichter Bedeutung. In Folge dessen ist es unser selbstverständlicher Wunsch, daß in der vorigen Weise die gedeihliche Verbindung mit den uns gesinnungsverwandten parlamentarischen Gruppen aufrechterhalten bleibe, und wir stellen in Uebereinstimmung mit der Entwickelung der letzten Obmänner-Konferenz hier, daß die Gemüther über eine Abschwächung des verfassungstreuen Großgrundbesitzes unruhig sind.

Bezüglich der neuen Sprachenverordnungen stellt der verfassungstreue Großgrundbesitz unverändert auf den Standpunkt, daß eine gesetzliche Regelung geboten ist, und erwartet von den Abgeordneten ein entschiedenes Eintreten für ein baldiges Zustandekommen eines Gesetzes, ohne in die Beurtheilung der neuen Sprachenverordnungen heute schon einzutreten und ohne zu verkennen, daß wir berechtigte Bedenken gegen dieselben haben, welche wir zum Ausdruck gebracht werden müssen. Mögen bei der Abfassung des Gesetzes nicht nur die Mängel der Verordnungen beseitigt, sondern, unbeschadet der Rechte und Entwicklung anderer Nationen, der deutschen Sprache die für den inneren Zusammenhalt des Staates, seiner Verwaltung und seiner militairischen Interessen unerläßliche Stellung gewahrt werden.

Es erscheint als Pflicht des verfassungstreuen Großgrundbesitzes in einer Zeit, wo so viel auf dem Spiele liege, die Hand zur Verständigung zu bieten und nichts unversucht zu lassen, damit die Bestrebung nicht bloß theoretisch aufrecht bleibe, sondern auch lebendig functionire und Verhältnisse im Parlament eintreten, die denn unhaltbaren Zustand wirthschaftlicher Unsicherheit ein Ende machen. Damit in Staat in Zukunft nicht durch einen Kampf um des Kampfes willen in Gefahr gebracht werde. Mit voller Einheitlichkeit und Einmüthigkeit bringt das Komité den Abgeordneten gegenüber zum Ausdruck, daß sie in der heutigen schweren Zeit einsetzen, ihrer großen Verantwortung und ihrer Vergangenheit Alles aufbieten mögen, mit der Vereinigung, der sie im Reichsrathe angehören, ein einheitliches und einträchtiges politisches Zusammenwirken zu erzielen.

Das Wiener „Fremdenblatt" zum fünfzigsten Jahrestage des 13. März 1848.

An diesem Jahrestage, schreibt das „Fremdenblatt", kann man schwerlich schweigend vorübergehen. Eine Aera österreichischer Geschichte ist damals geschlossen und eine neue Aera begonnen worden, und die meisten Grundbedingungen unseres öffentlichen Lebens, Bedingungen, die man sich jetzt kaum mehr wegdenken kann, sind in ihrem Ursprunge auf jenen 13. März zurückzuführen, der einen wahren Scheidepunkt in der Entwicklung dieses Reiches bildet. Parlamentarische Vertretung, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Bauern von der Robot, das scheinen uns heute selbstverständliche Dinge zu sein, die zu bestreiten Niemand beabsichtigen kann. Eine bezeichnende Thatsache ist es, daß, als nach den Wahlerklärungen der Bewegung von 1848 der Rückschlag kam, die Staatsautorität nach schweren Kämpfen wieder Hegereit zur Geltung gekommen war, gewisse wichtige Errungenschaften dieses Jahres entweder gar nicht oder nur theilweise angetastet wurden. Damit ist die Bedeutung des 13. März am besten dargelegt, und zugleich ist damit gesagt, daß Das, was an Umwälzungen hat, unmöglich war und eine neue Ordnung der Dinge zur unabweislichen Nothwendigkeit geworden war. Nur was zum Fallen innerlich bestimmt war, konnte so rasch und so leicht gestürzt werden. Je geringer man die Kräfte veranschlagen will, die sich in den damaligen, politisch jäh ernüchternden Wien zum Umsturm erhoben, desto deutlicher ist bewiesen, daß die Lebenskraft des alten Systems bereits erloschen war. Am Nachmittag des 13. März fand es in der Staatskonferenz, unter einem versteinerten Widerwillen des Staatskanzlers Fürsten Metternich, und auch Dieses zeigte sich schon bezeichnenderweise in Bezug auf die Preßfreiheit ein Zugeständniß zu machen. Die ständische Deputation gab zu erkennen, daß damit allein die Situation nicht gerettet wäre. Fürst Metternich, der merkte, daß Alles um ihn her das Vertrauen in die Haltbarkeit des Bestehenden verloren hatte, hatte ab. Damit war die Entscheidung getroffen. Am Abend des 14. März fand eine außerordentliche Berathung der Staatskonferenz statt und in dieser Berathung stimmten alle Anwesenden für die Verfassungsoktroyirung. Am 15. März wurde eine Proklamation das Versprechen kund, daß der Kaiser sich mit Abgeordneten der Stände aller Provinzen als Beirath umgeben wolle, und daß man selben Tages eine Manifest, in dem das endliche Wort Konstitution enthalten war, dem Kaiser zur Sanktion der Bürgerstandes zugesagt war. Das Programm des Dreizehnten war damit insoweit erfüllt, als die Grundlinien eines neuen Systems gezogen waren. Es schwiemelte zu verwirklichen, wurde die Arbeit einer langen Reihe von Jahren.

Zunächst hatten die Studenten das große Wort; sie begeisterten sich für die überschwenglichsten Dinge, die einen schönen Klang hatten, und in ihrer Phantasie hatte das Unvereinbarste neben einander Platz. In ihnen verkörperte sich für das naive Volk die politische Weisheit, und unter ihrem Drucke und unter dem Drucke von zum Theil moralisch untergeordneten Agitatoren standen die Ministerien der nächsten Monate. Schien ja Alles ins Wanken gekommen und nirgends ein fester Halt zu sein. In Ungarn und in Kroatien brachen Stürme los, die Fischen stellten weitgehende föderalistische Forderungen, die deutsche Frage in Frankfurt wollte gelöst sein, in den italienischen Provinzen kam es zum Aufstande, der von Piemontesen aus Unterstützung erhielt. Dabei sanken die Finanzen, die schon vorher in schlechtem Stande gewesen waren, in immer tiefere Zerrüttung. Da kam die Rettung von der Armee Radetzky's, die auf den italienischen Schlachtfeldern das Vertrauen in die lebenskraft des Reiches wieder herstellte. Noch war freilich die Bewegung in Wien nicht abgeklärt; die Erscheinung der Autorität, der Mangel an Mitteln, sie aufrechtzuhalten, die Gewohnheit der Erregung, die Arbeitslosigkeit — Alles wirkte zusammen, um der Haupstadt ein revolutionaires Gepräge zu verleihen und die traurigen Oktober-Vorgänge hervorzurufen. Aber schon hatte der Gang der Dinge auf viele Tausende politisch erzogen. Man wurde der Gefahren inne, in die unklares Stürmen das Reich selbst zu stürzen vermochte. Als Tiefen des Staatsbaues waren in dem Wirbel der Ereignisse bloßgelegt worden. In kurzer Zeit hatte, wer zu lernen vermochte, gelernt, wenigstens in der Hauptsache gelernt, was Recht und was Unrecht, was Gut und was Böse war. Aus dem Stande der politischen Unschuld war man — das zeigen die Protokolle des Kremsierer Reichstages — herausgetreten.

Am 13. März hatte Niemand geahnt, welche Früchte zu brechen waren, ehe die nothwendige neue Ordnung aufgerichtet werden konnte. Am Morgen war man ausgezogen, um Petitionen überreichen zu lehen, am Abend glaubte man die Hauptsache gethan zu haben und thatsächlich war es ein Ausruhen gelegte sich eine Regung der Illoyalität gegen das Kaiserhaus. Man wollte, das das System beseitigt werde, und es wurde beseitigt. Welche Lage dadurch geschaffen war in einer Zeit, in der Ungarn Alles mit sprühenden hervortrat, die dann durch die Wiener Bewegung neue Kraft gewinnen sollten, ist heute kaum die Wenigsten zu ermessen; auch wenn man es dem Volke vorgestellt hätte, wäre das vermuthlich nutzlos gewesen, denn der Druck des Elendes und der Noth hatte allzu tief empfunden. Der Versuch Metternichs, in Oesterreich eine Ordnung, wenigstens die peinliche Stille dauernd herrschen zu lassen, konnte nicht gelingen; er hatte überdies den Nachtheil, daß er selbst jene Kräfte schuf, die dem System selbst nützlich hätten sein können. Es war zu erklären als Rückschlag gegen die Stürme der revolutionairen und napoleonischen Zeit und aus Unterschätzung der Bedeutung, welche Ideen in den Volksmassen. Man hat seither gelernt, daß Verfassung keineswegs gleichbedeutend ist mit beständiger Umwälzung, daß die Errungenschaften unbezahlbar waren, mit denen jenes Wort der Freiheitsmänner die Umwälzung begleitete nur den Lehrgang; vielleicht wäre sie entgangen, wenn er früher angehalten worden wäre. Aber auch den Staatsmännern fehlte damals die Erfahrung. Genug, es war dem Jahre 1848 vorbehalten, eine neue Aera des Verfassungslebens zu führen. Als ihr Repräsentant erschien am Schlusse des Jahres der neue Herrscher, Kaiser Franz Josef, dessen Thatkraft und Weisheit es beschieden war, das schwer erschütterte Reich neu aufzubauen, die Kaiserin Maria Theresia zu rühmen und Ihnen wieder den Respekt zu verschaffen, und den Thron der Habsburger zu verewigen, das im Wirbel jener Tage verdunkelte österreichische Gesammtmonarchiebewußtsein zu beleben und die Fürsorge des Staates gewollt mit den Aufgaben öffentlichen Erwägungsschaften einer neuen Epoche wie den Anforderungen einer neuen Zeit in volle Uebereinstimmung zu bringen.

Die Erklärungen des Herrn Curzon.

Die „St. James's Gazette" summirt die Mittwochs-Erklärungen des Unterstaatssekretairs des Aeußern im Unterhause in die folgenden zehn Punkte:

1. Rußland hat keinen „formellen Protest" gegen die deutsch-englische Anleihe erhoben.

2. Das Yangtse-Thal, wo Großbritannien das Schild „Hände weg" angeschlagen hat, bedeutet das Gebiet der Provinzen, durch welche der Yangtse-Fluß fließt.

3. Die britische Regierung wird China dafür verantwortlich machen, daß nicht dawiderhandelt wird.

4. Rußland verhandelt wegen der Pacht von Port Arthur und Talienwan und des Baues einer Eisenbahn nach diesen beiden Plätzen.

5. Rußland hat kein Ultimatum gestellt, noch eine Zeitgrenze bestimmt, noch hat es gedroht, Truppen in die Mandschurei zu senden.

6. Die Eisenbahn-Konzession schließt nicht das Recht ein, Truppen zum Schutz der Bahnlinie anzuwenden.

7. Rußland will keine souveränen Rechte über Port Arthur und Talienwan erwerben.

8. Pachtet Rußland Talienwan, so wird es dem Handel des Auslandes ebenso offen stehen, wie die übrigen chinesischen Häfen.

9. Rußland hat versucht, den Ober-Ingenieur der chinesischen Bahn von Tientsin nach Kirin, Kinder, abzuleiten. Der britische Gesandte in Peking hat aber das Versprechen erhalten, daß Kinder nicht abgesetzt werden wird.

10. Die britische Regierung hat keine Nachricht erhalten, daß die Oese-Insel an Rußland abgetreten worden ist.

Die „Times" giebt sich nach wie vor einer pessimistischen Stimmung hin und schöpft keinen Trost aus den Erklärungen des Unterstaatssekretairs: „Rußland sagt, daß es keine souveränen Rechte über die Häfen, welche es zu bekommen versucht, erwerben will. Aber wird Jemand zweifeln, daß es sie ausüben wird? Die „Pekinger Zeitung" hat ganz Recht, wenn sie darauf hinweist, daß der Besitz der Häfen ein exklusives kommerzielles Hinterland verschafft, Rußland sagt, daß es nicht gedroht hat, Truppen in die Mandschurei abzusenden. Es braucht keine abzusenden, sie stehen schon da. Unser Pekinger Berichterstatter hat sie im letzten Herbste mit eigenen Augen in der alten Tataren-Hauptstadt Kirin gesehen. Die russischen Ingenieure fuhren in den Straßen umher, begleitet von einer Kosaken-Leibwache. 300 Kosaken wohnten in Kirin in den chinesischen Kasernen. Die chinesische Flagge trug in Kirin schon die russischen Farben an den Häfen. Wie viele russische Truppen sich innerhalb der chinesischen Grenze befinden, ist nicht bekannt. Vergleichsweise mögen es wenige sein. Die heutige Erklärung des Unterstaatssekretairs, welche ungetheilte Befriedigung erregen wird, beseitigt sich auf das Abkommen über das Yangtse-Thal."

Die Berathungen der französischen Deputirtenkammer.

Aus Paris schreibt unser dortiger Berichterstatter unterm 12. d. M.: Obwohl die Kammer gestern neuerdings zwei Sitzungen hielt, konnte sie doch noch nicht die Debatte über das Finanzgesetz für beendigt erklären, weil die Abgeordneten im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen das Bestreben haben, die Zeit der Berathung von Popularitäts-Amendements sind. Da hilft es denn die Einsprache des Finanzministers, noch der Warnungsruf des Generalberichterstatters; sobald ein derartiges Wahl-Amendement beantragt wird, stellt sich eine überwältigende Anzahl von Abgeordneten für dessen Annahme. Zuerst wurde der allerdings von Cunéo d'Ornano eingebrachte und mit Beharrlichkeit vom Senat regelmäßig verworfene Antrag mit 332 gegen 183 genehmigt, demzufolge den Bergwerksarbeitern eine Entschädigung mitverdue Umstände zugesprochen werden können. Um dem Senat dem Rest zu versetzen, den Antrag Cunéo d'Ornano neuerdings zu verwerfen, verlangte der demalige Unterstaatssekretair Chichet, daß die von den Regierungsämtern verfolgten Absichten durch das Gesetz des Gegentheils Gültigkeit haben sollten. Dem Finanzminister Cochery gelang es, die Kammer zu Vernunft zu bringen, da auf diese Weise überhaupt eine Ueberwachung seitens des Fiskus unmöglich gemacht wird; er bezieg aber die Unvorsichtigkeit, sich zu erklären, daß der Antrag Chichet nur eine Captatio benevolentiae den Wählern gegenüber bedeute und damit schwerte er dessen Annahme mit einer Mehrheit von zweihundert Stimmen. Abg. Mesureur war so galant, für die Telephon-Damen eine pensionirte Altersversorgung nach 25jährigem Dienste und nach dem 50. Lebensjahre zu verlangen, und setzte auch ihr Amendement, gegen das Regierung und Budgetausschuß sich aufgelehnten hatten, durch. Den Radfahrern wurde die Freude über die Herabsetzung der Fahrrad-Taxe von 10 auf 6 Frcs. dadurch vergällt, daß man ihren Fahrrädern eine große Nummer anhängen will.

Die „Kölnische Zeitung" brachte dieser Tage eine Mittheilung aus Westfalen, nach der sich in den Industriebezirken Kreisen der Provinz eine Bewegung gegen das **Anerbengesetz** bemerkbar machen soll. Eine in Lünen abgehaltene Versammlung von Landwirthen soll sich einstimmig gegen den dem Landtage vorliegenden Gesetzentwurf ausgesprochen haben. Als Gründe dieses Beschlusses wird angeführt, daß die ländlichen Grundbesitzer an den Folgen der Landgüterordnung gerade genug hätten. Zu deren Kenntnißnahme sei in der Versammlung das nachstehende „Kasse" Beispiel mitgetheilt worden. Der Besitzer eines in die Hofrolle eingetragenen Hofes", heißt es in dem Artikel, starb und hinterließ seinen Erben. Der Hof war mit 11 000 ℳ belastet, der nach dem Ableben sofort Grund des Meinertrages zu bestimmende Werth des Hofes erreichte kaum die Schuldsumme, und so wurde der älteste Sohn, ein Knabe von 10 Jahren, Erbe des Hofes, die übrigen Geschwister ein Pfennig abfiel. Die Mutter wirthschaftete weiter mit den Kindern, verheirathete sich dann aber wieder. Nach einiger Zeit wurde der Hof für ein größeres öffentliches Unternehmen angekauft, und zwar für 76 000 ℳ. Nach Abzug der Belastung von zusammen 11 000 ℳ blieb also dem Erben ein Betrag von 67 000 ℳ, das bei der Hinterlegungskasse in Arnsberg hinterlegt wurde, bis der Erbe großjährig ist. Die Mutter und die Geschwister, denen also kein Pfennig zufiel, wurden abgefunden, sind durch irgend welche Eintragungen gesunden ist, im Industriebezirk jeden Tag möglich."

Es ist nicht wohl verständlich, wie aus vorstehend mitgetheiltem Falle ein Grund zu einer Ablehnung des Anerbengesetzes eines Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Bauergütern in der Provinz Westfalen rc., hergeleitet werden kann; denn dieser Entwurf bezweckt ja eine Aufhebung der Westfälischen Landgüterordnung vom 30. April 1833 und eine Aenderung derjenigen ihrer Vorschriften, welche sich nicht bewährt haben. Dahin gehört die Bestimmung, daß bei der Ermittelung des Gutswerthes der zwanzigfache Grundsteuer-Reinertrag zu Grunde gelegt werden soll. An die Stelle dieser Vorschrift, deren Unzweckmäßigkeit von vielen Seiten in Abrede gestellt wird, soll die Bestimmung des Landtages nach denjenigen Grundsätzen treten, die sich in der Provinz Hannover zufolge des Ausführungsgesetzes bis dahin bewährt haben. Um ferner zu verhindern, daß der Anerbe, der in den mitgetheilten Hofstelle, das Anerbengut bald nach dem Erwerbe verschleudert, sind die Vortheile des Anerbenrechtes zu Nutze macht, ohne für die Erhaltung des Gutes zu sorgen, sind zum Schutze der Miterben geeignete Vorschriften in Aussicht genommen. Abgesehen davon, daß den bei der Auseinandersetzung betheiligt gewesenen Anerbenberechtigten innerhalb 15 Jahren nach dem Uebergange des Eigenthums an dem Anerbengute auf den Anerben — ein Verkaufsrecht binsichtlich des Anerbengutes zustehen soll, wird dem Anerben, welcher das Gut während dieser Zeitraumes verkauft, die Verpflichtung auferlegt, den erhaltenen Mehrwerth nachträglich in die Erbmasse behufs Vertheilung unter die Erben einzuweisen. Durch eine solche Gestaltung der Vorschriften werden Unzuträglichkeiten, wie sie in dem angeführten Beispiele dargelegt sind, für die Zukunft vermieden werden.